

/// Europe, Do it Yourself!

TRANSATLANTISCHE SICHERHEITS- KOOPERATION UNTER „AMERICA FIRST“

ANDREA ROTTER /// Mit dem Wahlerfolg Donald Trumps im November 2016 wurden die Transatlantischen Beziehungen vor neue Tatsachen gestellt. Manch politischer Kommentator prognostizierte sogar „das Ende des Westens“. Nach mehr als sechs Monaten Präsidentschaft Trump zeigt sich eine relative Kontinuität in der bisherigen US-Außenpolitik gegenüber Europa. Dennoch haben sich die Rahmenbedingungen der transatlantischen Sicherheitskooperation verändert, die die europäischen Partner zu mehr Eigenverantwortung zwingen.

Bereits im Wahlkampf sorgte Donald Trumps Credo „America First“ mit seinen teils isolationistischen und protektionistischen Tönen für Unbehagen bei den europäischen Verbündeten. Sie befürchteten einen Paradigmenwechsel in der US-Außenpolitik, der nicht nur die Transatlantischen Beziehungen, sondern auch die globale Weltordnung ins Wanken bringen könnte. Aufgrund der potenziell unilateralen Ausrichtung der neuen US-Außenpolitik wurde in den Medien bereits über „das Ende des Westens“ diskutiert.¹ Verbündete der USA sorgen sich nun um die Zukunft der liberalen Weltordnung, d. h. das System, das auf Freihandel, Kooperation im Rahmen internationaler Institutionen und einer gemeinsamen demokratischen Wertebasis beruht und von den USA seit Ende des Zweiten Weltkrieges aufrechterhalten wurde. Ein für die USA und Europa gleichermaßen wichtiges

Trumps „America First“-Devise schürt
ÄNGSTE um die globale Weltordnung.

Fundament dieser Weltordnung stellte seither die transatlantische Sicherheitskooperation, v. a. innerhalb der NATO, dar. Die „America First“-Maxime der neuen US-Administration stellt das transatlantische Verhältnis allerdings auf eine Bewährungsprobe.

„America First“ in der US-Außenpolitik

Auch wenn es zu früh ist, eine klare außenpolitische Strategie im Sinne einer Trump-Doktrin zu definieren, lassen sich bereits mit Rückgriff auf die „Ame-

rica First“-Prinzipien einige Eckpfeiler ableiten, die die Außenpolitik Trumps gegenüber den transatlantischen Partnern beeinflussen. Im Zentrum des politischen Handelns steht eine schärfere Akzentuierung nationaler Interessen und der nationalen Sicherheit. Amerikas Interessen werden eng und vorwiegend wirtschaftlich definiert: eine Aufwertung der amerikanischen Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die erste Säule stellt somit ein ökonomischer Nationalismus dar, worunter Wirtschaftsinteressen in den Vordergrund der US-Außenpolitik rücken, die es auch mittels protektionistischer Maßnahmen zu wahren gilt.² Der Austritt der USA aus der Trans-Pazifischen Partnerschaft (TPP), die unter Barack Obama aus geopolitischen Gesichtspunkten zur Eindämmung Chinas ausgehandelt wurde, sowie die Ankündigung, das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) neu zu verhandeln, unterstehen genauso der Maxime der nationalen Wirtschaftsförderung wie die Androhung, Importe aus Deutschland mit Strafzöllen zu belegen.

Ein weiterer Eckpfeiler widmet sich der Stärkung der nationalen Sicherheit. Innenpolitisch ist dies durch einen effektiveren Schutz der Grenzen und die Bekämpfung illegaler Einwanderung zu erreichen. Dies äußert sich in Trumps Bestreben, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu errichten, um illegale Einwanderer und Terroristen von der Einreise abzuhalten. Darüber hinaus hat Trump das „DACA“-Programm gestoppt, das hunderttausende Kinder („Dreamer“) illegal Eingewanderter vor Abschiebung schützte. Die größte externe Bedrohung sieht die Trump-Administration aber im islamistischen Terrorismus. Zum einen gilt es, den sog. „Is-

lamischen Staat“ (IS) in Krisenländern durch militärische Operationen mit Alliierten und regionalen Akteuren zu zerstören, ohne sich jedoch den Zielen des Regime Change und Nation-Building zu verschreiben. Zum anderen sollen nach innen gerichtete Initiativen wie der umstrittene „Travel Ban“ das Risiko terroristischer Anschläge in den USA mindern.

Den letzten Eckpfeiler der America First-Außenpolitik bildet das bereits unter Präsident Ronald Reagan populäre Konzept „peace through strength“ (Frieden durch Stärke), wonach eine unangefochtene militärische Dominanz Angriffe abschrecken soll. Diese klare Machtverteilung soll zudem zur internationalen Stabilität und Friedenssicherung beitragen. Ungeachtet der jüngsten sicherheitspolitischen Umbrüche und der Änderungen im Anforderungsprofil an das Militär konstatiert die Trump-Administration, dass Unterfinanzierung, Ausstattungsdefizite und Personalmangel die Verteidigungs- und Einsatzfähigkeit des US-Militärs dramatisch verringert hätten. Diesem Negativtrend müsse man entgegenwirken, indem man die Verteidigungsausgaben deutlich erhöhen würde.³ So sieht der Haushaltsentwurf für das Jahr 2018 eine Steigerung des Verteidigungsetats um \$ 52 Mrd. von \$ 587 Mrd. auf \$ 639 Mrd. für den Wiederaufbau und Modernisierung des

Das „peace through strength“-Konzept soll für internationale STABILITÄT sorgen.



Quelle: picture alliance / Sven Simon

„Wir Europäer müssen unser Schicksal in die eigene Hand nehmen“ – denkwürdige Worte von Bundeskanzlerin Merkel Ende Mai im Truderinger Festzelt.

Militärs vor.⁴ Zeitgleich beinhaltet der Budgetplan eine 32-prozentige Etatsenkung des Außenministeriums sowie humanitärer und entwicklungspolitischer Programme (z. B. USAID) und unterstreicht somit den Fokus auf militärische Kapazitäten zu Lasten von Diplomatie und zivilen Ansätzen.

Der Strategiefindung liegt eine Auffassung internationaler Politik als Nullsummenspiel zugrunde, in dem die relativen Gewinne eines Staates gleichzeitig die Verluste eines anderen bedeuten. Sein nationaler Sicherheitsberater H.R. McMaster und National Economic Council-Direktor Gary Cohn beschreiben Trumps Weltbild im Nachgang seiner ersten Auslandsreise wie folgt: „The president embarked on his first foreign trip with a clear-eyed outlook that the world is not a ‘global community’ but an arena where nations, nongovernmental actors and businesses engage and com-

pete for advantage.“⁵ Internationale Politik finde also nicht innerhalb einer globalen Gemeinschaft statt, sondern in einer Arena, in der Staaten und transnationale Akteure in Konkurrenz zueinander stünden. Aus dieser Sichtweise erklärt sich auch Trumps pragmatisches und transaktionales Verständnis von Außenpolitik. Außenpolitische Entscheidungen werden nicht unter normativen Gesichtspunkten, sondern fallbezogen anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse getroffen. Daraus speist sich auch Trumps Bereitschaft, die Kooperation mit Moskau in der Terrorismusbekämpfung zu suchen, ungeachtet Russlands Revisionismus in Europa.

Das geschilderte Weltbild geht mit einer Skepsis gegenüber Kooperationen und internationalen Institutionen einher. Amerikas langjährige Bündnisse erscheinen in der Interessensdurchsetzung eher hinderlich. In der Vergangen-

heit sei Amerikas globales Engagement nicht den USA selbst, sondern vorwiegend anderen Staaten zugute gekommen. Daher sei es Zeit, Amerikas internationale Verpflichtungen kritisch zu prüfen und aus einer Position der Stärke heraus bessere Deals abzuschließen.

Diese einseitige Schwerpunktsetzung erfolgt allerdings auf Kosten der ordnungspolitischen Rolle der USA. Der Politologe Joseph S. Nye spricht in diesem Zusammenhang von Soft Power, also weichen Machtfaktoren. Im Gegensatz zu militärischem Zwang und wirtschaftlichem Druck beruht die Soft Power eines Landes „auf dem Vermögen, die politische Tagesordnung auf eine Weise zu bestimmen, welche die Präferenzen anderer formt“⁶. Die Anziehungskraft der liberalen Ordnung veranlasste andere Staaten, Teil eines normativ-institutionellen Systems zu werden. Dieses System wird zwar maßgeblich von den USA getragen, doch profitieren sie auch davon, indem sie die Regeln zu ihren Gunsten definieren konnten. Dieser Gestaltungsmacht und Verantwortung misst Trump hingegen keinerlei Bedeutung bei, wie der Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen und die damit verbundene Schwächung des internationalen Klimaschutzregimes demonstrieren. Die ideelle und in Teilen bereits realpolitisch umgesetzte Abkehr von den Traditionslinien ame-

rikanischer Außenpolitik stellt die transatlantische Sicherheitskooperation somit unter neue Vorzeichen.

Ambivalenz und Kritik an der transatlantischen Sicherheitskooperation

Seit dem Amtsantritt Trumps kennzeichnen Ambivalenz und Unberechenbarkeit das transatlantische Verhältnis. So hatte Trump die NATO im Wahlkampf als obsolet bezeichnet und angedeutet, er könnte Amerikas Beistand im Bündnisfall von den Eigenleistungen der betroffenen Mitgliedsstaaten abhängig machen. Im April 2017 bekannte sich der Präsident doch zur NATO und ihrer sicherheitspolitischen Bedeutung. Ein eindeutiges Bekenntnis von Trump zu Artikel 5 des Nordatlantikvertrages ließ hingegen bis Juni 2017 auf sich warten. Das Fehlen einer stringenten Position gegenüber Europa mag darin begründet sein, dass viele der für die Transatlantischen Beziehungen relevanten Schlüsselpositionen im Außen- und Verteidigungsministerium noch unbesetzt sind. Erst Anfang August 2017 wurde z. B. Kay Bailey Hutchison als Permanente Vertreterin der USA bei der NATO bestätigt, während die entsprechende Stelle für die EU noch aussteht.⁷

Dies täuscht allerdings nicht darüber hinweg, dass Trumps Positionen zur europäischen Sicherheit oftmals wechseln und im Widerspruch zu den Erklärungen seiner Administrationsmitglieder stehen. Trotz der Bemühungen von Verteidigungsminister James Mattis oder Außenminister Rex Tillerson, Zweifel an Amerikas Verlässlichkeit auszuräumen, bleibt eine Ungewissheit im Umgang mit Trump zurück, der Unberechenbarkeit im Wahlkampf noch zum wichtigen Kennzeichen seiner Außenpolitik stili-

Trumps außenpolitische Strategie folgt nicht mehr der **ORDNUNGSPOLITISCHEN Rolle der USA.**

sierte. Betrachtet man die Grundzüge der „America First“-Außenpolitik, ist Trumps Skepsis gegenüber der transatlantischen Allianz nicht verwunderlich. Vor allem die ungleiche Lastenverteilung und das in seinen Augen ungenügende Engagement der NATO in der Terrorismusbekämpfung lassen ihn am Wert der Kooperation zweifeln.

Forderung nach mehr Eigenverantwortung

Die Debatte über die fehlende Bereitschaft der Europäer, mehr in die eigene Sicherheit zu investieren, ist nicht neu, doch wurde sie durch Trump in den letzten Monaten verschärft. Dies liegt daran, dass noch kein vorangegangener Präsident den Beistand im Bündnisfall an die Eigenleistungen der Staaten gebunden hatte. Sicherlich lassen Trumps Äußerungen ein mangelndes Verständnis für die Funktionslogik der NATO vermuten. Mehrfach behauptete er, die europäischen Länder seien der NATO (und implizit den USA) die nicht geleisteten Ausgaben der letzten Jahre schuldig. Der Verweis auf ein „Schuldenkonto“, wie von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen abgelehnt, mag zwar für NATO-Partner irritierend wirken, doch entspringt diese Forderung seiner transaktionalen Denkweise.⁸ Der Verdross über Trumps Rhetorik täuscht jedoch nicht darüber hinweg, dass er zu Recht Europas fortwährende Versäumnisse anprangert. Von den 28 NATO-Mitgliedern erreichten 2016 nur fünf Staaten das in Wales nochmals bekräftigte Ziel, 2 % des BIPs für die Verteidigung zu verwenden. Neben den USA waren dies Griechenland, Großbritannien, Estland und Polen. In der Summe offenbart sich das Missverhältnis: 2016 kamen die USA allein für 68,2 % der aggregierten

Allianz-Verteidigungsausgaben auf, die Europäer zusammen lediglich für 29,7 %. Damit geht auch einher, dass die USA materiell weitaus mehr Equipment und Infrastruktur beisteuern, ohne die ihre Partner handlungsunfähig wären. Trotz einer positiven Trendwende in den europäischen Verteidigungsausgaben nach Jahren schrumpfender Etats muss Europa wesentlich mehr in die eigene Sicherheit investieren.



**Europa muss MEHR in die eigene
Sicherheit investieren.**

Mehr Engagement in der Terrorismusbekämpfung

Das zweite von Trump kritisierte Versäumnis der NATO-Partner ist das in seinen Augen ungenügende Engagement in der Terrorismusbekämpfung. So begründete er sein desolates Urteil über die NATO mit dem Verweis auf den Terrorismus: „I think NATO’s obsolete. [...] NATO doesn’t discuss terrorism. NATO’s not meant for terrorism. NATO doesn’t have the right countries in it for terrorism.“⁹ Zwar hatte auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ein größeres Engagement der NATO im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus gefordert, doch verkannte Trump in seiner Einschätzung die bereits erbrachten Leistungen des Bündnisses auf diesem Gebiet. So wurde nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erstmals der Bündnisfall ausgerufen. In der Folgezeit führte die NATO die mehrjährige Inter-

national Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan und übernimmt auch gegenwärtig die Leitung der Folge-mission Resolute Support. Im Mittelmeerraum erfüllt sie im Rahmen der Operation Sea Guardian Aufgaben der maritimen Sicherheit zur Terrorismusbekämpfung. Im Kampf gegen den IS hatte man sich vor Trumps Antritt in der Allianz auf die Durchführung von Trainingsmissionen für irakische Sicherheitskräfte geeinigt sowie auf institutionelle Anpassungen (z. B. Errichtung eines Lage- und Koordinierungszentrum in Neapel) und operative Unterstützungsleistungen der Globalen Koalition gegen den IS (z. B. AWACS-Einsätze).

Eine gewisse Kontinuität

Mit „America First“ hat zweifelsfrei ein neuer diplomatischer Ton Einzug in Washington gehalten, doch gilt zu bedenken, dass der befürchtete US-Rückzug aus Europa trotz Trumps Rhetorik noch nicht erfolgte. Die USA halten bislang an ihren Unterstützungsleistungen für Polen und das Baltikum, die als Antwort auf die Ukraine-Krise 2014 mit dem NATO Rapid Action Plan (RAP) vereinbart wurden, fest. So stellen die USA in Polen seit Anfang 2017 bis zu 4.000 Soldaten auf Rotationsbasis als Rückversicherung für die osteuropäischen Verbündeten und zugleich als Abschreckungsmaßnahme gegenüber Russland. Der bereits vorgestellte Haushaltsentwurf für das Fiskaljahr 2018 erhöht zudem das Budget für die European Reassurance Initiative (ERI), die für die verstärkte militärische US-Präsenz in Europa von Präsident Obama initiiert wurde. Anstelle der für 2017 veranschlagten \$3,4 Mrd. sollen nach Trumps Budget mit \$4,8 Mrd. rund 40% mehr für das US-Engagement in Europa zur Verfü-

Noch besteht auch unter Trump
KONTINUITÄT bezüglich der europäischen Sicherheitspolitik.

gung stehen.¹⁰ Diese Budgetplanungen können somit als bisher stärkstes Bekenntnis zur transatlantischen Sicherheitskooperation gedeutet werden.¹¹

Auch im Falle Russlands ist der befürchtete Schulterchluss zwischen Präsident Trump und Wladimir Putin auf Kosten der Ukraine bislang nicht erfolgt. Vor einiger Zeit verschärfte der Kongress die Sanktionen gegenüber Russland. Darüber hinaus lässt die gegenwärtige Diskussion um mögliche Verbindungen zwischen Trumps Wahlkampfteam und Russland eine amerikanisch-russische Annäherung bis auf Weiteres unwahrscheinlich erscheinen. Diese Kontinuität zugunsten der europäischen Sicherheit ist in erster Linie auf Trumps Berater, v. a. die Generäle Mattis, McMaster und Stabschef John Kelly, zurückzuführen, die als erfahrenes Korrektiv auf politische Entscheidungen einwirken.¹² Allerdings sollten sich die europäischen Partner mit Blick auf Trumps teils erratischen Führungsstil nicht dauerhaft darauf verlassen.

Herausforderungen an die transatlantische Sicherheitskooperation

Während Amerikas NATO-Engagement unverändert bleibt, sind die europäischen Verbündeten angesichts der Unberechenbarkeit Trumps um Schadensbegrenzung bemüht. In der Terrorismusbekämpfung kam man der Forde-

rung nach mehr Engagement entgegen. Beim letzten NATO-Treffen in Brüssel wurde auf Drängen der Trump-Administration der formale Beitritt der NATO zur inzwischen 73 Nationen starken Globalen Koalition gegen den IS verkündet, obgleich sich alle NATO-Mitgliedsstaaten ohnehin schon individuell in die Koalition einbrachten und v. a. Deutschland und Frankreich diesem Schritt skeptisch gegenüberstanden. Zwar kann der symbolische Beitritt der NATO, denn sie wird weder eine Führungsrolle übernehmen noch sich an Kampfeinsätzen beteiligen, durchaus als Signal transatlantischer Geschlossenheit gewertet werden. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Vertrauenskrise die transatlantische Sicherheitskooperation gefährdet.

Globaler Vertrauensverlust

Angesichts der relativen Kontinuität der US-Außenpolitik gegenüber Europa ist die Verunsicherung der europäischen Partner die weitreichendste Konsequenz der noch jungen Trump-Präsidentschaft. Die potenzielle Abkehr von Amerikas außenpolitischen Traditionslinien hat bereits messbare Folgen. Dem Pew Research Center zufolge ist das Vertrauen in den Partner USA unter Trump weltweit gesunken. Am Ende seiner Präsidentschaft vertrauten ca. 64 % der Befragten Präsident Obama, die richtigen Entscheidungen in der internationalen Politik zu treffen. Nur 22 % der Befragten setzen diese Hoffnung auf Donald Trump. Besonders eklatant ist die Perzeptionsänderung in Deutschland (Obama: 86 %, Trump: 11 %). Die negative Wahrnehmung Trumps spiegelt sich auch im drastischen Ansehensverlust der USA wider. Zum ersten Mal in nahezu zehn Jahren betrachten europäische

Länder wie Frankreich, Deutschland, Polen, Spanien und Großbritannien die USA negativ. Im Schnitt haben heutzutage 52 % der Befragten dort ein schlechtes Bild – im Vergleich zum Vorjahr ein nahezu umgekehrtes Resultat (positiv: 61 %, negativ: 26 %).¹³

Die Auswirkungen derartiger Soft Power-Einbußen sollten nicht unterschätzt werden. So warnte Nye bereits 2002: „[D]ie neuen Unilateralisten, die uns drängen, unsere Macht im Interesse selbst definierter globaler Ziele ungeniert auszunutzen, vertreten ein Konzept, das unsere weiche Macht aushöhlt und andere Akteure in Koalitionen treibt, die letztendlich unsere harte Macht beschränken werden.“¹⁴ Das nüchterne Resümee im Truderinger Bierzelt von Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Trumps erster Europareise attestiert den bereits eingetretenen Vertrauensverlust: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein bisschen vorbei. Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.“¹⁵

Während sich in Europa der Eindruck verdichtet, dass die USA ihre globale Führungsrolle nicht mehr ausfüllen wollen, bietet sich mit China ein potenzieller Partner an, der das geopolitische Vakuum, das ein Rückzug Amerikas hinterlassen würde, nur allzu gerne ausfüllen würde. Obgleich bei näherer Betrachtung augenscheinlich wird, dass die Volkrepublik keineswegs ein den

**Das Vertrauen in den Partner USA
ist weltweit spürbar **GESUNKEN**.**

USA qualitativ gleichwertiger Partner für Europa wäre, kommt es nicht von ungefähr, dass Brüssel beim letzten EU-China-Gipfel Anfang Juni 2017 eine intensivere europäisch-chinesische Zusammenarbeit in den Bereichen Handels- und Klimapolitik anvisierte.¹⁶

Europäische Reaktion: Mehr sicherheitspolitische Verantwortung

Im Bereich der Sicherheitspolitik fördern die offenen Zweifel an der Verlässlichkeit der USA indes den Prozess einer notwendigen Emanzipation. Dies äußert sich zum z.B. darin, dass die europäischen (und kanadischen) NATO-Mitglieder ihre Verteidigungshaushalte 2017 schneller als erwartet erhöhen. Nach einer Wachstumsrate von 3,3 % 2016 wird in diesem Jahr eine nochmals größere Steigerung um 4,3 % erwartet.¹⁷ Auch institutionelle Weichen werden gestellt. Während der bevorstehende Brexit die hinreichenden Rahmenbedingungen für eine vertiefte Integration in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik schafft – ein vehementer Gegner einer solchen Intensivierung fällt schließlich weg, liefert die Trump-Präsidentschaft die notwendige Motivation. Selbst osteuropäische EU-Partner, die sich in verteidigungspolitischen Fragestellungen immer zuerst auf die NATO berufen, sind gegenüber einem Ausbau der Kooperation im Rahmen der EU nun aufgeschlossener. Daher richtet die EU-Kommission nach Jahren der Debatte einen Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) ein, um die Entwicklung von europäischen Rüstungsprojekten zu fördern und deren Koordination zur Vermeidung von Doppelungen zu verbessern. Dieser Schritt, der bereits als „stille Revolution“ bezeichnet wird, sieht zwei Bereiche vor: Forschung sowie Entwicklung und Beschaffung.¹⁸

EUROPA unternimmt Schritte in Richtung strategischer Autonomie.

Der Förderungsfonds für Forschung soll bis Ende 2019 rund € 90 Mio., ab 2020 500 Mio.€ jährlich zur Verfügung stellen. Für Entwicklung und Beschaffung sollen in den Jahren 2019 und 2020 insgesamt 500 Mio.€ verfügbar sein, danach 1 Mrd. € pro Jahr.¹⁹

Weitere institutionelle Vorstöße umfassen die Einrichtung eines militärischen Planungs- und Durchführungsstabs im Bereich des Krisenmanagements sowie die Wiederbelebung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), die bereits im Vertrag von Lissabon angeordnet wurde und eine freiwillige Kooperation unter Mitgliedsstaaten institutionalisieren soll. Hinzu kommen nationale Initiativen. Nach der Wahl von Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten gehen er und Bundeskanzlerin Merkel mit der Absicht voran, einen europäischen Kampfjet unter deutsch-französischer Führung zu entwickeln.

Natürlich wird Europa trotz dieser Vorstöße noch auf unbestimmte Zeit von den USA abhängig sein. Stets wird von EU-Seite auch die Komplementarität der tieferen Zusammenarbeit zur NATO betont. Dennoch stellen diese Entwicklungen einen wichtigen Schritt in Richtung strategischer Autonomie dar.

Unvereinbarkeit von „America First“ und europäischen Strategien?

Eine stärkere Position der europäischen Verbündeten ist in zweierlei Hinsicht

von Vorteil. Zum einen kann Europa so den USA demonstrieren, ein fähiger und wünschenswerter Partner zu sein, zum anderen ermöglicht dies eine selbstbewusstere Haltung in transatlantischen Konflikten, die sich aus der „America First“-Politik ergeben können. Während Dispute im handelspolitischen Kontext aufgrund der jüngsten protektionistischen Drohgebärden offensichtlich erscheinen, könnte die Unvereinbarkeit von „America First“-Grundsätzen und europäischen Lösungsstrategien auch die transatlantische Sicherheitskooperation lähmen.

Abgesehen von unterschiedlich gewichteten Prioritäten bergen die strategischen Änderungen der USA gerade im von Trump als prioritär eingestuften Bereich der Terrorismusbekämpfung Konfliktpotenzial. Denn zum einen setzt die Bekämpfung des transnationalen Terrorismus einen kooperativen Ansatz voraus, der nur schwer mit der Skepsis gegenüber multilateraler Kooperation vereinbar ist. Angesichts der globalen Interdependenz kann auch die Supermacht USA terroristische Bedrohungen nicht im Alleingang abwenden. Zum anderen deuten finanzielle Einsparungen und taktische Änderungen, z.B. die Verschärfung der Militäroperationen gegen den IS mit höheren zivilen Opferzahlen oder die Lockerung der unter Obama eingeführten Richtlinien für Drohneinsätze darauf hin, dass der Fokus auf militärischen Optionen anstelle von nachhaltigen, umfassenden Lösungsansätzen liegt. In der Bekämpfung des transnationalen Terrorismus, dem neben der Zerschlagung seiner Strukturen auch der Nährboden für weitere Anhänger genommen werden muss, ist militärische Dominanz allein nur bedingt zielführend.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Bereits in der Vergangenheit gab es Meinungsverschiedenheiten auf beiden Seiten des Atlantiks, die das transatlantische Verhältnis zerrütteten (vgl. Irakkrieg 2003). Das Verhältnis von Präsident Trump zu Europa im Kontext von „America First“ birgt allerdings ein Novum. Noch nie stellte ein US-Präsident den Wert transatlantischer Sicherheitskooperation in Frage. Noch nie bezweifelte man daraufhin in Europa so offenkundig die Verlässlichkeit der USA. Merkels Truderinger Bierzeltrede wird daher in der internationalen Presse als „potenziell seismische Verschiebung“ in den Transatlantischen Beziehungen diskutiert.²⁰ Um einen nachhaltigen Schaden in den transatlantischen Sicherheitsbeziehungen zu verhindern, sind in erster Linie die Europäer gefordert. Entwicklungen in den USA und geopolitische Trends sprechen dafür, dass sich die europäischen Verbündeten langfristig auf eine neue Balance innerhalb der NATO einstellen müssen, unabhängig davon wie lange Trump tatsächlich im Amt bleibt.

Allgemein ist Europas politischen Entscheidungsträgern zu einer „strategischen Geduld“ zu raten, ohne den Blick für das Wesentliche zu verlieren. Nicht jeder Tweet von Präsident Trump ist die Aufmerksamkeit wert, die er in der medialen Debatte bekommt. Angesichts der Überflutung mit Schlagzeilen

Europas politische Entscheidungsträger benötigen STRATEGISCHE Geduld.

aus dem Weißen Haus gilt es, die relevanten Inhalte zu identifizieren und von reiner Symbolpolitik zu unterscheiden. Kurzfristig müssen die Europäer eine Gratwanderung meistern. Zum einen müssen sie Trump die Bewährtheit und geostrategischen Vorteile einer starken NATO nahebringen. Dies kann mit Verweis auf die Nutzungsmöglichkeiten ausländischer Militärbasen erfolgen oder unter monetären Gesichtspunkten. Die RAND Corporation ermittelte, dass die USA mit jährlichen wirtschaftlichen Verlusten in Höhe von \$ 490 Mrd. rechnen müssten, sollten sie ihr globales sicherheitspolitisches Engagement, das die Stabilität der US-Handelsbeziehungen fördert, auch nur um die Hälfte reduzieren.²¹ Zum anderen müssen die europäischen Staaten bereit sein, geschlossen und selbstbewusst auf Konflikte mit den USA zu reagieren, die die gemeinsame Wertebasis in Frage stellen.

Langfristig müssen die europäischen Partner einen Emanzipationsprozess zur Stärkung von Europas Sicherheitsarchitektur durchlaufen. Es bedarf eines konsequenten Ausbaus der eigenen Kapazitäten, der in einen gesamteuropäischen Planungsprozess eingebettet ist. Bestehende Fähigkeiten müssen durch eine bessere Koordination effizienter eingesetzt und deren Interoperabilität durch eine Harmonisierung rüstungspolitischer Standards sichergestellt werden. Die Errichtung des EVF sowie zwischenstaatliche Initiativen sind wichtige erste Schritte, jedoch bei Weitem noch nicht ausreichend. Zugleich ist es für Europa notwendig, die eigene sicherheitspolitische Rolle jenseits einer US-Führungsrolle zu definieren. Unter Trump wird deutlich, dass die transatlantischen Prioritäten zunehmend differieren – ein Trend, der sich aufgrund des Generatio-

Die USA werden sich ZUKÜNFTIG überwiegend auf sich selber fokussieren.

nenwandels ohne Zutun fortsetzen wird. Erschwerend hinzu kommt die immense innenpolitische und gesellschaftliche Spaltung der USA. Es ist zu erwarten, dass die amerikanische Strategiefähigkeit und Engagementbereitschaft aufgrund der Fokussierung auf interne Problemstellungen zurückgehen wird.

Um der Allianz neuen „Kitt“ zu verleihen, sollte ein neues transatlantisches Projekt erschlossen werden, das die fortdauernde Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft für beide Seiten greifbar macht. Trumps Unbeliebtheit fördert die Bildung von Gegenarrativen, die gerade in Wahlkampfzeiten von Entscheidungsträgern instrumentalisiert werden, um manch Amerika-kritischen Wähler anzusprechen. Mehrinvestitionen in die Verteidigung werden oftmals als Appeasement gegenüber Präsident Trump dargestellt, ohne auf die Notwendigkeit von mehr europäischer Eigenverantwortung zu verweisen.²² Derartige Taktiken unterminieren jedoch die strategische Bedeutung einer gesunden sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den USA und Europa. Stattdessen sollte auf beiden Seiten des Atlantiks die Zivilgesellschaft in den sicherheitspolitischen Diskurs eingebunden werden, um sie mit den Umbrüchen im sicherheitspolitischen Umfeld und den neuen Erfordernissen vertraut zu machen. Angesichts von Europas Abhängigkeit und des Krisenringes, der es umzieht, kann die

Initiative für ein neues transatlantisches Projekt nur bei den europäischen Verbündeten liegen. Bereits diskutierte Vorstöße (z.B. Marshall-Plan mit Afrika) könnten unter sicherheitspolitischen Aspekten auch für Trump ein attraktives Angebot darstellen. ///



/// ANDREA ROTTER M.A.

arbeitet im Forschungsmanagement der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München, mit den Forschungsschwerpunkten Transatlantische Beziehungen und deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Anmerkungen

- ¹ Fischer, Joschka: Das Ende des Westens, in: Süddeutsche Zeitung, 12.12.16, <http://www.sueddeutsche.de/politik/transatlantische-verbundenheit-das-ende-des-westens-1.3289483>, Stand: 28.7.17.
- ² Drezner, Daniel: Who Benefits from Bannon's Economic Nationalism?, in: The Washington Post, 8.2.17, https://www.washingtonpost.com/posteverything/wp/2017/02/07/who-benefits-from-bannons-economic-nationalism/?utm_term=.e3f5313b360d#comments, Stand: 31.7.17.
- ³ America First Foreign Policy, The White House of President Donald J. Trump, <https://www.whitehouse.gov/america-first-foreign-policy>, Stand: 26.7.17.
- ⁴ A New Foundation for American Greatness – Budget of the U.S. Government, Fiscal Year 2018, 23.5.17, http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/2/2017/06/27162930/PG_2017.06.26_US-Image-Report_Full-Report.pdf, Stand: 25.7.17.
- ⁵ McMaster, H.R. / Cohn, Gay: America First Doesn't Mean America Alone, in: The Wallstreet Journal, 30.5.17, <https://www.wsj.com/articles/america-first-doesnt-mean-america-alone-1496187426>, Stand: 26.7.17.
- ⁶ Nye, Joseph: Das Paradox der amerikanischen Macht – Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht, Hamburg 2003, S. 32.
- ⁷ Tracking How Many Key Positions Trump Has Filled So Far, in: The Washington Post, 3.8.17, [- \[tics/trump-administration-appointee-tracker/database/\]\(https://www.washingtonpost.com/graphics/poli-tics/trump-administration-appointee-tracker/database/\), Stand: 7.8.17.
 - ⁸ Von der Leyen, Ursula: NATO hat kein Schuldenkonto, in: Süddeutsche Zeitung, 19.3.17, <http://www.sueddeutsche.de/politik/nato-beitraege-von-der-leyen-nato-ha-kein-schuldenkonto-1.3426706>, Stand: 7.8.17.
 - ⁹ „This Week“ Transcript: Donald Trump and Sen. Bernie Sanders, in: abc News, 27.3.17, <http://abcnews.go.com/Politics/week-transcript-donald-trump-sen-bernie-sanders/story?id=37949498>, Stand: 7.8.17.
 - ¹⁰ A New Foundation For American Greatness.
 - ¹¹ Herszenhorn, David: NATO Cheers Trump's Military Budget, in: Politico, 24.5.17, <http://www.politico.eu/article/nato-donald-trump-military-spending-cheers-military-budget-jens-stoltenberg/>, Stand: 30.5.17.
 - ¹² Fehrnstrom, Eric: The Generals Come To Trump's Rescue, in: The Boston Globe, 14.4.17, <https://www.bostonglobe.com/opinion/2017/04/12/the-generals-come-trump-rescue/Zp92mJ28M0rDzaG5mbMfiM/story.html>, Stand: 31.5.17.
 - ¹³ U.S. Image Suffers as Publics Around World Question Trump's Leadership, Pew Research Center, 26.6.17, \[http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/2/2017/06/27162930/PG_2017.06.26_US-Image-Report_Full-Report.pdf\]\(http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/2/2017/06/27162930/PG_2017.06.26_US-Image-Report_Full-Report.pdf\), Stand: 25.7.17.
 - ¹⁴ Nye: Das Paradox der amerikanischen Macht, S. 203.
 - ¹⁵ Enormer Wandel der politischen Rhetorik, in: FAZ, 29.5.17, <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/rede-von-angela-merkel-so-reagieren-die-medien-15037304.html>, Stand: 7.8.17.
 - ¹⁶ Müller, Henrik: Willkommen in Chinopa, in: Spiegel Online, 28.5.17, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/eu-und-china-ruecken-zusammen-wegen-donald-trump-a-1149515.html>, Stand: 8.8.17.
 - ¹⁷ Birnbaum, Michael / Gibbons-Neff, Thomas: NATO Allies Boost Defense Spending in the Wake of Trump Criticism, in: The Washington Post, 28.6.17, \[https://www.washingtonpost.com/world/nato-allies-boost-defense-spending-in-the-wake-of-trump-criticism/2017/06/28/153584de-5a8c-11e7-aa69-3964a7d55207_story.html?utm_term=.960123a6db81\]\(https://www.washingtonpost.com/world/nato-allies-boost-defense-spending-in-the-wake-of-trump-criticism/2017/06/28/153584de-5a8c-11e7-aa69-3964a7d55207_story.html?utm_term=.960123a6db81\), Stand: 7.8.17.
 - ¹⁸ Major, Claudia / Lohmann, Amélie: Die stille Revolution in Europas Verteidigungspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, 17.7.17, <https://www.swp-berlin.org/kurz-gesagt/die-stille-revolution-in-europas-verteidigungspolitik/>, Stand: 8.8.17.
 - ¹⁹ A European Defense Fund, The European Commission, 7.6.17, \[http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1508_en.htm\]\(http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1508_en.htm\), Stand: 7.8.17.
 - ²⁰ Smale, Alison / Erlanger, Steven: Merkel, After Discordant G-7 Meeting, Is Looking Past Trump, in: New York Times, 28.5.17, \[https://www.nytimes.com/2017/05/28/world/europe/angela-merkel-trump-alliances-g7-leaders.html?_r=1\]\(https://www.nytimes.com/2017/05/28/world/europe/angela-merkel-trump-alliances-g7-leaders.html?_r=1\), Stand: 31.5.17.
 - ²¹ Egel, Daniel et. al.: Estimating the Value of Overseas Security Commitments, RAND Corporation, 09/16, \[https://www.rand.org/pubs/research_reports/RR518.html\]\(https://www.rand.org/pubs/research_reports/RR518.html\), Stand: 8.8.17.
 - ²² Sauerbrey, Anna: Germany Joins the Resistance, in: The New York Times, 7.8.17, <https://www.nytimes.com/2017/08/07/opinion/german-politicians-cool-merkel.html>, Stand: 8.8.17.](https://www.washingtonpost.com/graphics/poli-

</div>
<div data-bbox=)